

Vertrag

im Sinne der Genehmigung nach §25 StrlSchG über "organisatorische und administrative Maßnahmen zur Gewährleistung des Strahlenschutzes von Bezugspersonen" (Abgrenzungsvertrag)

zwischen GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH
Planckstraße 1
D-64291 Darmstadt

nachstehend "GSI" genannt

und Firma
Straße
D-xxxxx Stadt

nachstehend "GENEHMIGUNGSINHABER" genannt.

A Gegenstand des Vertrages

1. Gegenstand dieses Vertrages ist die Abgrenzung der Pflichten und Aufgaben der Strahlenschutzbeauftragten von GSI und dem GENEHMIGUNGSINHABER. Zur Vermeidung von Überschneidungen werden die nachfolgenden Regelungen getroffen.
2. Dieser Vertrag gilt für alle Tätigkeiten, die der GENEHMIGUNGSINHABER während der Laufzeit dieses Vertrages in den Strahlenschutzbereichen der GSI mit deren Einverständnis durchführt.
3. Der GENEHMIGUNGSINHABER führt diese Tätigkeiten in Strahlenschutzbereichen der GSI im Besitz einer Genehmigung gemäß §25 StrlSchG aus. Eine Kopie dieser Genehmigung ist GSI zu überlassen. Nachträge zur Genehmigung oder Neugenehmigungen werden GSI unaufgefordert in Kopie übergeben. Benennt der GENEHMIGUNGSINHABER einen neuen Strahlenschutzbeauftragten oder entbindet einen Strahlenschutzbeauftragten von seinen Pflichten als Strahlenschutzbeauftragten, so wird GSI umgehend davon in Kenntnis gesetzt.

B Voraussetzungen für den Einsatz der Mitarbeiter des GENEHMIGUNGSINHABERS

1. Vor Arbeitsaufnahme bei GSI muss für jeden dort eingesetzten Mitarbeiter des GENEHMIGUNGSINHABERS – im folgenden Bezugspersonen genannt - ein ordnungsgemäß geführter und behördlich registrierter Strahlenpass beim Strahlenschutz, Personendosimetrie vorgelegt werden. Die Bezugspersonen müssen die in der Genehmigung nach § 25 StrlSchG vorgeschriebenen amtlichen Dosimeter tragen.
Des Weiteren wird der Zugang zu den Kontrollbereichen nur gestattet, wenn die Bezugsperson

innerhalb der letzten 12 Monate die GSI-Online-Sicherheits- und Strahlenschutzunterweisung absolviert hat (Informationen hierzu sind auf der Webseite <http://www.gsi.de/instruct> zu finden) und sie innerhalb der letzten 12 Monate bei der Strahlenschutzuntersuchung (Befund: „tauglich“) war, unabhängig davon, in welcher Kategorie (Kat. A / Kat. B) die Bezugsperson eingruppiert ist. Für den Zugang einiger Kontrollbereiche ist ein entsprechender QR-Code notwendig. Dieser kann über das Anforderungsformular der Webseiten von Sicherheit und Strahlenschutz angefordert werden (siehe auch <http://www.gsi.de/strahlenschutz> und <http://www.gsi.de/request>). Einige Kontrollbereiche sind zusätzlich auch Abgeschlossene Elektrische Betriebsstätten (AEB). Für das Betreten dieser Bereiche ist zusätzlich noch die >>Unterweisung für den Zutritt der AEB der Beschleuniger<< notwendig.

2. Der GENEHMIGUNGSINHABER setzt nur geeignetes Personal mit entsprechendem Ausbildungsstand ein, das mit allen einschlägigen Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften vertraut ist und über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügt, damit Unterweisungen und eventuelle Anordnungen durch die GSI verstanden werden.
3. GSI behält sich vor, Mitarbeiter des GENEHMIGUNGSINHABERS zurückzuweisen, wenn sie nicht die in Absatz 1 oder Absatz 2 genannten Voraussetzungen erfüllen.

C Verpflichtung des GENEHMIGUNGSINHABERS

Der GENEHMIGUNGSINHABER nimmt die nicht-anlagenbezogenen Strahlenschutzverpflichtungen wahr. Folgende Maßnahmen liegen daher in der Zuständigkeit vom GENEHMIGUNGSINHABER:

1. Die Beachtung der Auflagen ihrer Genehmigung nach § 25 StrlSchG.
2. Die Beachtung der Vorschriften über die ärztliche Überwachung und ihre Veranlassung (§§ 77, 79 Abs. 4 und 81 Abs. 2 StrlSchV); die generellen Zugangsvoraussetzungen zu Kontrollbereichen der GSI sind dabei zu beachten, siehe B.1. Der GENEHMIGUNGSINHABER wird unverzüglich die Personendosimetrie der GSI unterrichten, falls für Bezugspersonen anlässlich von Nachuntersuchungen durch den ermächtigten Arzt Beschränkungen für den Aufenthalt in Kontrollbereichen ausgesprochen wurden.
3. Die nichtanlagenbezogene Unterweisung nach §63 StrlSchV über mögliche Gefahren, ihre Verhütung und Schutzmaßnahmen, die Unterweisung über den für die Tätigkeit wesentlichen Inhalt des Strahlenschutzgesetzes, der Strahlenschutzverordnung und der Genehmigung nach §25 StrlSchG sowie die Vermittlung der wesentlichen allgemeinen Kenntnisse auf dem Gebiet des Strahlenschutzes. Der Hinweis auf Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten zum Zweck der Überwachung von Dosisgrenzwerten und Beachtung der Strahlenschutzgrundsätze sowie die Unterweisung, dass eine Schwangerschaft im Hinblick auf die Risiken einer Exposition für das ungeborene Kind so früh wie möglich mitzuteilen ist (§63 Abs. 5 StrlSchV), obliegt ebenfalls dem GENEHMIGUNGSINHABER. Erhält der GENEHMIGUNGSINHABER Kenntnis, dass in der GSI eingesetzte Bezugspersonen schwanger sind oder stillen, hat er die GSI unverzüglich zu informieren.
4. Die Ermittlung der amtlichen Personendosis gemäß §66 StrlSchV sowie die Dokumentation und Aufbewahrung der Messergebnisse (§167 Abs. 2 StrlSchG).

5. Der GENEHMIGUNGSINHABER wird GSI auf Anfrage die für den Zeitraum der Beschäftigung der GENEHMIGUNGSINHABER-Mitarbeiter in der Anlage ermittelten Werte der amtlichen Dosisauswertung mitteilen.
6. Die unverzügliche Information der GSI bei Feststellung von Dosisgrenzwertüberschreitungen.
7. Die Durchführung der Inkorporationsüberwachung gemäß der Richtlinie über die "Physikalische Strahlenschutzkontrolle bei innerer Exposition", sofern nicht eine zusätzliche Vereinbarung gemäß D.4 dieses Vertrages getroffen ist. Inkorporationsmessungen nach außergewöhnlichen Ereignissen bei GSI obliegen nicht dem GENEHMIGUNGSINHABER.
8. Die Beachtung von Beschäftigungsverboten und –beschränkungen nach §§55 und 70 StrlSchV und von behördlichen Entscheidungen und Anordnungen, soweit diese Tätigkeiten die Bezugsperson in der GSI betreffen.
9. Die Anweisung an die Bezugspersonen, dass neben dem amtlichen Dosimeter auch die von der GSI ausgegebenen Dosimeter zu tragen sind. Des Weiteren ist der GENEHMIGUNGSINHABER verpflichtet, seine Bezugspersonen anzuweisen, dass vor Zutritt eines GSI Kontrollbereichs ein nicht-amtliches, elektronisches Personendosimeter (RadEye-Dosimeter) bei der Strahlenschutz-Schicht anzufordern und dieses in den Kontrollbereichen der GSI zu tragen ist. Ist der Kontrollbereich über das sog. Zugangskontrollsystem (ZKS) und damit über die ZKS-Personenschleusen gesichert, so erhält die Bezugsperson automatisch in der Schleuse ein nicht-amtliches, elektronisches Personendosimeter; damit entfällt die Verpflichtung der Bezugsperson, sich vorab ein nicht-amtliches Personendosimeter zu besorgen.
10. Der Genehmigungsinhaber ist verpflichtet vor Aufnahme der Tätigkeiten den zuständigen Strahlenschutzbeauftragten der GSI über die eingesetzten Personen (Bezugspersonen) zu informieren. Die Anweisung an Bezugspersonen, eventuell erforderliche Arbeitserlaubnis (Formular F17) vor Arbeitsbeginn einzuholen und Anordnungen der am Einsatzort zuständigen Strahlenschutzbeauftragten sowie innerbetriebliche Regelungen der GSI zu befolgen, insbesondere Kontrollbereiche nicht ohne Zustimmung des zuständigen Strahlenschutzbeauftragten der GSI zu betreten, bzw. nicht ohne Zustimmung der zuständigen Person selbst einen Kontrollbereich zu errichten. Falls radioaktive Quellen oder Materialien in die GSI eingeführt und/oder für die Tätigkeit bei GSI gebraucht werden, muss der Abteilung Sicherheit und Strahlenschutz vorab die Art der Quelle und deren Aktivität mitgeteilt werden.
11. Das lückenlose Führen der Strahlenpässe (§ 68 Abs. 1 u. 2 StrlSchV) sowie die Dokumentation und Aufbewahrung der personenbezogenen Strahlenschutzdaten. Zu den Eintragungspflichten der GSI siehe D.5 dieses Vertrages.
12. Die Berücksichtigung von Strahlenexpositionen nach §166 StrlSchG.
13. Die Information der GSI über Anordnungen oder sonstige Verwaltungsakte der zuständigen Behörde, soweit sie die Beschäftigung von Bezugspersonen in der Anlage von GSI betreffen.
14. Bei Bedarf die Vorbereitung der Bezugspersonen auf das Arbeiten unter Atemschutz. Hierzu muss jede dafür vorgesehene Bezugsperson geeignet sein für das Tragen von Atemschutzgeräten der jeweils erforderlichen Gerätegruppe (2 oder 3) und eine entsprechende Ausbildung nach DGUV-Regel 112-190 (Benutzung von Atemschutzgeräten) nachweisen können.

D Aufgaben der GSI

GSI nimmt die anlagenbezogenen Strahlenschutzverpflichtungen wahr. Folgende Maßnahmen liegen daher in der Zuständigkeit der GSI:

1. Die anlagenbezogene Unterweisung im Sinne von § 63 StrlSchV über Arbeitsmethoden und mögliche Gefahren, sowie über geltende Strahlenschutzanweisungen, Genehmigungsauflagen und Anordnungen, die vom GENEHMIGUNGSINHABER zu beachten sind.
2. Die unverzügliche Durchführung geeigneter Maßnahmen zur Abwendung von Gefahren für Leben, Gesundheit und bedeutende Sachgüter (§72 Abs. 3 StrlSchG).
3. Die Information des Genehmigungsinhabers über das Erfordernis besonderer amtlicher Dosimeter (z.B. Neutronen, Teilkörper).
4. Die Kontrolle der Strahlenexposition bei GSI im Hinblick auf die Dosisgrenzwerte (§§77, 78 StrlSchG) sowie die besondere ärztliche Überwachung gemäß § 81 Abs. 1 StrlSchV. Inkorporationsmessungen nach außergewöhnlichen Ereignissen.
5. Die Eintragung der bei GSI ermittelten (nicht amtlichen) Dosiswerte, der Messwerte von Inkorporationsmessungen sowie der Ergebnisse von Ermittlungen gemäß § 65 Abs. 3 StrlSchV (Verdacht auf Grenzwertüberschreitungen) in den Strahlenpass, soweit sie bei GSI festgestellt werden. Sofern diese Werte beim Verlassen der Anlage noch nicht vorliegen, werden sie dem GENEHMIGUNGSINHABER nachgereicht.
6. GSI wird den GENEHMIGUNGSINHABER über die Bestimmungen der für seine Anlage geltenden Genehmigungsauflagen, Strahlenschutzanweisungen und sonstigen Verwaltungsakte, die für die Bezugspersonen von Bedeutung sind, unterrichten.
7. Die unverzügliche Unterrichtung dem GENEHMIGUNGSINHABER über alle ihre Bezugspersonen betreffenden besonderen Ereignisse, insbesondere
 - Verstöße gegen Strahlenschutzanweisungen, Anordnungen oder betriebliche Regelungen der GSI,
 - Überschreitungen der Dosis- und Aktivitätszufuhr Grenzwerte nach StrlSchV,
 - Kontaminationen, die nicht sofort und mit einfachen Dekontaminationsmaßnahmen beseitigt werden können,
 - Durchführung von Inkorporationsmessungen nach außergewöhnlichen Ereignissen und deren Ergebnisse und
 - sicherheitstechnisch bedeutsame Ereignisse, wenn Bezugspersonen Betroffene oder Verursacher sind.
8. Die Aufbewahrung von Materialien und Gegenständen des GENEHMIGUNGSINHABERs im Falle einer Kontamination bis zur Entscheidung über deren weiteren Verbleib.
9. Die Rückgabe der Strahlenpässe an die Bezugspersonen nach Beendigung der Tätigkeit.
10. GSI wird für die Bezugspersonen die erforderliche Schutzkleidung und Schutzausrüstung bestimmen, stellen und deren Benutzung bzw. Trageweise erläutern.

E Anzeigepflichtige Ereignisse

1. Die Vertragsparteien werden unabhängig voneinander der jeweils zuständigen Behörde anzeigepflichtige Ereignisse melden und sich gegenseitig informieren, soweit Bezugspersonen betroffen sind.
2. GSI wird Bezugspersonen einer Strahlenexposition aus besonderem Anlass gemäß § 74 StrlSchV und §114 StrlSchG grundsätzlich nicht aussetzen. Sollte dies in Ausnahmefällen notwendig werden, bedarf dies der vorherigen Zustimmung des GENEHMIGUNGSINHABER.

F Kontakt

1. Ansprechpartner der GSI ist:
Frau Dr. Alexandra Knapp
Tel.: 06159/71-3400
E-Mail: A.Knapp@gsi.de
2. Ansprechpartner des GENEHMIGUNGSINHABER ist:
Herr /Frau
Tel. :
E-Mail:

G Sonstige Vereinbarungen

1. Jede Partei trägt die Kosten für die von ihr zu treffenden Maßnahmen allein. Der GENEHMIGUNGSINHABER versichert, für die der GSI obliegenden Maßnahmen (Kapitel C) in ihren Preisen keine Kosten verrechnet zu haben.
2. GENEHMIGUNGSINHABER und die GSI sind verpflichtet, die Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung und des Bundesdatenschutzgesetzes beim Umgang mit personenbezogenen Daten wechselseitig einzuhalten.
3. Die Prüfung nach §72 Abs. 1 Satz 2 StrlSchV hatte zum Ergebnis, dass die Festlegung von Dosisrichtwerten kein geeignetes Instrument zur Optimierung des Strahlenschutzes ist. Die Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig unverzüglich über Änderungen der Festlegung von Dosisrichtwerten gemäß §72 StrlSchV soweit Bezugspersonen betroffen sind.

H Vertragswirkungen

1. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
2. Der Vertrag tritt nach Unterzeichnung durch die Vertragsparteien in Kraft und läuft auf unbestimmte Zeit. Er kann mit einer Frist von 3 Monaten gekündigt werden. Die Kündigung bedarf

der Schriftform. Dieser bleibt jedoch für Aufträge noch gültig, die beim Erhalt des Kündigungsschreibens bereits erteilt waren. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt.

3. Für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag vereinbaren die Parteien den für GSI zuständigen Gerichtsstand.

Darmstadt, den _____.____.2025
GSI Helmholtzzentrum für
Schwerionenforschung GmbH

_____, den _____.____.2025
GENEHMIGUNGSINHABER

Dr. T. Radon
Strahlenschutzbevollmächtigter

Vertrag

im Sinne der Genehmigung nach §25 StrlSchG über "organisatorische und administrative Maßnahmen zur Gewährleistung des Strahlenschutzes von Bezugspersonen" (Abgrenzungsvertrag)

zwischen Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH (FAIR GmbH)
Planckstraße 1
D-64291 Darmstadt

nachstehend "FAIR" genannt

und Firma
Straße
D-xxxxx Stadt

nachstehend "GENEHMIGUNGSINHABER" genannt.

A Gegenstand des Vertrages

1. Gegenstand dieses Vertrages ist die Abgrenzung der Pflichten und Aufgaben der Strahlenschutzbeauftragten von FAIR und dem GENEHMIGUNGSINHABER. Zur Vermeidung von Überschneidungen werden die nachfolgenden Regelungen getroffen.
2. Dieser Vertrag gilt für alle Tätigkeiten, die der GENEHMIGUNGSINHABER während der Laufzeit dieses Vertrages in den Strahlenschutzbereichen der FAIR mit deren Einverständnis durchführt.
3. Der GENEHMIGUNGSINHABER führt diese Tätigkeiten in Strahlenschutzbereichen der FAIR im Besitz einer Genehmigung gemäß §25 StrlSchG aus. Eine Kopie dieser Genehmigung ist FAIR zu überlassen. Nachträge zur Genehmigung oder Neugenehmigungen werden FAIR unaufgefordert in Kopie übergeben. Benennt der GENEHMIGUNGSINHABER einen neuen Strahlenschutzbeauftragten oder entbindet einen Strahlenschutzbeauftragten von seinen Pflichten als Strahlenschutzbeauftragten, so wird FAIR umgehend davon in Kenntnis gesetzt.

B Voraussetzungen für den Einsatz der Mitarbeiter des GENEHMIGUNGSINHABERS

1. Vor Arbeitsaufnahme bei FAIR muss für jeden dort eingesetzten Mitarbeiter des GENEHMIGUNGSINHABERS – im Folgenden Bezugspersonen genannt - ein ordnungsgemäß geführter und behördlich registrierter Strahlenpass beim Strahlenschutz, Personendosimetrie vorgelegt werden. Die Bezugspersonen müssen die in der Genehmigung nach § 25 StrlSchG vorgeschriebenen amtlichen Dosimeter tragen.
Des Weiteren wird der Zugang zu den Kontrollbereichen nur gestattet, wenn die Bezugsperson

innerhalb der letzten 12 Monate die notwendigen FAIR-Unterweisungen absolviert hat und sie innerhalb der letzten 12 Monate bei der Strahlenschutzuntersuchung (Befund: „tauglich“) war, unabhängig davon, in welcher Kategorie (Kat. A / Kat. B) die Bezugsperson eingruppiert ist. Bzgl. der Unterweisungen sind mindestens die FAIR Sicherheitsunterweisung, die FAIR Strahlenschutzunterweisung sowie die spezielle arbeitsplatzbezogene Unterweisung notwendig. Je nach Bereich können weitere Unterweisungen notwendig sein.

Der Zugang zu den beschleunigerbezogenen Kontrollbereichen wird über das Personnel Access System (PAS) geregelt. Das PAS besteht u.a. aus Personenschleusen. Für die Authentifizierung an den Schleusen ist zum einen ein entsprechender QR-Code notwendig. Dieser kann über das Anforderungsformular der Webseiten von Sicherheit und Strahlenschutz angefordert werden. Der zweite Identifikationsfaktor ist biometrisch; dafür werden die Handvenen genommen. Bevor die Bezugspersonen tätig werden können, müssen durch einen separaten Schritt die Handvenen eingelesen werden.

Der Zugang zu den übrigen Kontrollbereichen der FAIR erfolgt über ein vom PAS unabhängiges Zugangskontrollsystem. Dieses nutzt elektronische bzw. elektromechanische Zugangsmedien, auf denen die jeweiligen Zutrittsberechtigungen temporär raumweise gespeichert werden. Die Übergabeprozesse und -modalitäten der Zugangsmedien und Berechtigungen werden den Bezugspersonen rechtzeitig vor Tätigkeitsbeginn mitgeteilt.

2. Der GENEHMIGUNGSINHABER setzt nur geeignetes Personal mit entsprechendem Ausbildungsstand ein, das mit allen einschlägigen Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften vertraut ist und über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügt, damit Unterweisungen und eventuelle Anordnungen durch die FAIR verstanden werden.
3. FAIR behält sich vor, Mitarbeiter des GENEHMIGUNGSINHABERS zurückzuweisen, wenn sie nicht die in Absatz 1 oder Absatz 2 genannten Voraussetzungen erfüllen.

C Verpflichtung des GENEHMIGUNGSINHABERS

Der GENEHMIGUNGSINHABER nimmt die nicht-anlagenbezogenen Strahlenschutzverpflichtungen wahr. Folgende Maßnahmen liegen daher in der Zuständigkeit vom GENEHMIGUNGSINHABER:

1. Die Beachtung der Auflagen ihrer Genehmigung nach § 25 StrlSchG.
2. Die Beachtung der Vorschriften über die ärztliche Überwachung und ihre Veranlassung (§§ 77, 79 Abs. 4 und 81 Abs. 2 StrlSchV); die generellen Zugangsvoraussetzungen zu Kontrollbereichen der FAIR sind dabei zu beachten, siehe B.1. Der GENEHMIGUNGSINHABER wird unverzüglich FAIR unterrichten, falls für Bezugspersonen anlässlich von Nachuntersuchungen durch den ermächtigten Arzt Beschränkungen für den Aufenthalt in Kontrollbereichen ausgesprochen wurden.
3. Die nichtanlagenbezogene Unterweisung nach §63 StrlSchV über mögliche Gefahren, ihre Verhütung und Schutzmaßnahmen, die Unterweisung über den für die Tätigkeit wesentlichen Inhalt des Strahlenschutzgesetzes, der Strahlenschutzverordnung und der Genehmigung nach §25 StrlSchG sowie die Vermittlung der wesentlichen allgemeinen Kenntnisse auf dem Gebiet des Strahlenschutzes. Der Hinweis auf Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten zum Zweck der Überwachung von Dosisgrenzwerten und Beachtung der Strahlenschutzgrundsätze sowie die Unterweisung, dass eine Schwangerschaft im Hinblick auf die Risiken einer Exposition

für das ungeborene Kind so früh wie möglich mitzuteilen ist (§63 Abs. 5 StrlSchV), obliegt ebenfalls dem GENEHMIGUNGSINHABER. Erhält der GENEHMIGUNGSINHABER Kenntnis, dass in der FAIR eingesetzte Bezugspersonen schwanger sind oder stillen, hat er FAIR unverzüglich zu informieren.

4. Die Ermittlung der amtlichen Personendosis gemäß §66 StrlSchV sowie die Dokumentation und Aufbewahrung der Messergebnisse (§167 Abs. 2 StrlSchG).
5. Der GENEHMIGUNGSINHABER wird FAIR auf Anfrage die für den Zeitraum der Beschäftigung der GENEHMIGUNGSINHABER-Mitarbeiter in der Anlage ermittelten Werte der amtlichen Dosisauswertung mitteilen.
6. Die unverzügliche Information der FAIR bei Feststellung von Dosisgrenzwertüberschreitungen.
7. Die Durchführung der Inkorporationsüberwachung gemäß der Richtlinie über die "Physikalische Strahlenschutzkontrolle bei innerer Exposition", sofern nicht eine zusätzliche Vereinbarung gemäß D.4 dieses Vertrages getroffen ist. Inkorporationsmessungen nach außergewöhnlichen Ereignissen bei FAIR obliegen nicht dem GENEHMIGUNGSINHABER.
8. Die Beachtung von Beschäftigungsverboten und –beschränkungen nach §§55 und 70 StrlSchV und von behördlichen Entscheidungen und Anordnungen, soweit diese Tätigkeiten die Bezugsperson in der FAIR betreffen.
9. Die Anweisung an die Bezugspersonen, dass neben dem amtlichen Dosimeter auch die von FAIR ausgegeben Dosimeter zu tragen sind. Des Weiteren ist der GENEHMIGUNGSINHABER verpflichtet, seine Bezugspersonen anzuweisen, dass vor Zutritt eines FAIR Kontrollbereichs ein nicht-amtliches, elektronisches Personendosimeter bei der Strahlenschutz-Schicht anzufordern und dieses in den Kontrollbereichen der FAIR zu tragen ist. Ist der Kontrollbereich über das sog. PAS und damit über die PAS-Personenschleusen gesichert und zugänglich, so erhält die Bezugsperson automatisch in der Schleuse ein nicht-amtliches, elektronisches Personendosimeter; damit entfällt die Verpflichtung der Bezugsperson, sich vorab ein nicht-amtliches Personendosimeter zu besorgen.
10. Der Genehmigungsinhaber ist verpflichtet vor Aufnahme der Tätigkeiten den zuständigen Strahlenschutzbeauftragten der FAIR über die eingesetzten Personen (Bezugspersonen) zu informieren. Die Anweisung an Bezugspersonen, eventuell erforderliche Arbeitserlaubnis vor Arbeitsbeginn einzuholen und Anordnungen der am Einsatzort zuständigen Strahlenschutzbeauftragten sowie innerbetriebliche Regelungen der FAIR zu befolgen, insbesondere Kontrollbereiche nicht ohne Zustimmung des zuständigen Strahlenschutzbeauftragten der FAIR zu betreten, bzw. nicht ohne Zustimmung der zuständigen Person selbst einen Kontrollbereich zu errichten. Falls radioaktive Quellen oder Materialien in die FAIR eingeführt und/oder für die Tätigkeit bei FAIR gebraucht werden, muss die Art der Quelle und deren Aktivität mitgeteilt werden.
11. Das lückenlose Führen der Strahlenpässe (§ 68 Abs. 1 u. 2 StrlSchV) sowie die Dokumentation und Aufbewahrung der personenbezogenen Strahlenschutzdaten. Zu den Eintragungspflichten der FAIR siehe D.5 dieses Vertrages.
12. Die Berücksichtigung von Strahlenexpositionen nach §166 StrlSchG.
13. Die Information der FAIR über Anordnungen oder sonstige Verwaltungsakte der zuständigen Behörde, soweit sie die Beschäftigung von Bezugspersonen in der Anlage von FAIR betreffen.

14. Bei Bedarf die Vorbereitung der Bezugspersonen auf das Arbeiten unter Atemschutz. Hierzu muss jede dafür vorgesehene Bezugsperson geeignet sein für das Tragen von Atemschutzgeräten der jeweils erforderlichen Gerätegruppe (2 oder 3) und eine entsprechende Ausbildung nach DGUV-Regel 112-190 (Benutzung von Atemschutzgeräten) nachweisen können.

D Aufgaben der FAIR

FAIR nimmt die anlagenbezogenen Strahlenschutzverpflichtungen wahr. Folgende Maßnahmen liegen daher in der Zuständigkeit der FAIR:

1. Die anlagenbezogene Unterweisung im Sinne von § 63 StrlSchV über Arbeitsmethoden und mögliche Gefahren, sowie über geltende Strahlenschutzanweisungen, Genehmigungsauflagen und Anordnungen, die vom GENEHMIGUNGSINHABER zu beachten sind.
2. Die unverzügliche Durchführung geeigneter Maßnahmen zur Abwendung von Gefahren für Leben, Gesundheit und bedeutende Sachgüter (§72 Abs. 3 StrlSchG).
3. Die Information des Genehmigungsinhabers über das Erfordernis besonderer amtlicher Dosimeter (z.B. Neutronen, Teilkörper).
4. Die Kontrolle der Strahlenexposition bei FAIR im Hinblick auf die Dosisgrenzwerte (§§77, 78 StrlSchG) sowie die besondere ärztliche Überwachung gemäß § 81 Abs. 1 StrlSchV. Inkorporationsmessungen nach außergewöhnlichen Ereignissen.
5. Die Eintragung der bei FAIR ermittelten (nicht amtlichen) Dosiswerte, der Messwerte von Inkorporationsmessungen sowie der Ergebnisse von Ermittlungen gemäß § 65 Abs. 3 StrlSchV (Verdacht auf Grenzwertüberschreitungen) in den Strahlenpass, soweit sie bei FAIR festgestellt werden. Sofern diese Werte beim Verlassen der Anlage noch nicht vorliegen, werden sie dem GENEHMIGUNGSINHABER nachgereicht.
6. FAIR wird den GENEHMIGUNGSINHABER über die Bestimmungen der für seine Anlage geltenden Genehmigungsauflagen, Strahlenschutzanweisungen und sonstigen Verwaltungsakte, die für die Bezugspersonen von Bedeutung sind, unterrichten.
7. Die unverzügliche Unterrichtung dem GENEHMIGUNGSINHABER über alle ihre Bezugspersonen betreffenden besonderen Ereignisse, insbesondere
 - Verstöße gegen Strahlenschutzanweisungen, Anordnungen oder betriebliche Regelungen der FAIR,
 - Überschreitungen der Dosis- und Aktivitätszufuhr Grenzwerte nach StrlSchV,
 - Kontaminationen, die nicht sofort und mit einfachen Dekontaminationsmaßnahmen beseitigt werden können,
 - Durchführung von Inkorporationsmessungen nach außergewöhnlichen Ereignissen und deren Ergebnisse und
 - sicherheitstechnisch bedeutsame Ereignisse, wenn Bezugspersonen Betroffene oder Verursacher sind.
8. Die Aufbewahrung von Materialien und Gegenständen des GENEHMIGUNGSINHABERS im Falle einer Kontamination bis zur Entscheidung über deren weiteren Verbleib.
9. Die Rückgabe der Strahlenpässe an die Bezugspersonen nach Beendigung der Tätigkeit.

10. FAIR wird für die Bezugspersonen die erforderliche Schutzkleidung und Schutzausrüstung bestimmen, stellen und deren Benutzung bzw. Trageweise erläutern.

E Anzeigepflichtige Ereignisse

1. Die Vertragsparteien werden unabhängig voneinander der jeweils zuständigen Behörde anzeigepflichtige Ereignisse melden und sich gegenseitig informieren, soweit Bezugspersonen betroffen sind.
2. FAIR wird Bezugspersonen einer Strahlenexposition aus besonderem Anlass gemäß § 74 StrlSchV und §114 StrlSchG grundsätzlich nicht aussetzen. Sollte dies in Ausnahmefällen notwendig werden, bedarf dies der vorherigen Zustimmung des GENEHMIGUNGSINHABER.

F Kontakt

1. Ansprechpartner der FAIR ist:
Frau Dr. Alexandra Knapp
Tel.: 06159/71-3400
E-Mail: A.Knapp@gsi.de
2. Ansprechpartner des GENEHMIGUNGSINHABER ist:
Herr / Frau
Tel.:
E-Mail:

G Sonstige Vereinbarungen

1. Jede Partei trägt die Kosten für die von ihr zu treffenden Maßnahmen allein. Der GENEHMIGUNGSINHABER versichert, für die der FAIR obliegenden Maßnahmen (Kapitel C) in ihren Preisen keine Kosten verrechnet zu haben.
2. GENEHMIGUNGSINHABER und die FAIR sind verpflichtet, die Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung und des Bundesdatenschutzgesetzes beim Umgang mit personenbezogenen Daten wechselseitig einzuhalten.

H Vertragswirkungen

1. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
2. Der Vertrag tritt nach Unterzeichnung durch die Vertragsparteien in Kraft und läuft auf unbestimmte Zeit. Er kann mit einer Frist von 3 Monaten gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Dieser bleibt jedoch für Aufträge noch gültig, die beim Erhalt des Kündigungsschreibens bereits erteilt waren. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt.

3. Für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag vereinbaren die Parteien den für FAIR zuständigen Gerichtsstand.

Darmstadt, den ____ . ____ . ____
FAIR

_____, den ____ . ____ . ____
GENEHMIGUNGSINHABER

Dr. T. Radon
Strahlenschutzbevollmächtigter

MUSTER